

Protokoll:

Es erfolgt wegen des Sachzusammenhangs eine gemeinsame Beratung der Punkte 34, 42 und 53.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann erläutert die Parksituation von Anwohnern mit Anwohnerparkschein. Die Verwaltung solle Vorschläge für Straßen erarbeiten, beispielsweise Seitenstraßen, in denen keine Gewerbetreibenden seien und dort eventuell reine Anwohnerparkplätze anzuordnen, damit die Anwohnerparkscheine nicht umsonst angeschafft würden.

Rm Dr. hc. Pieper (FDP) stimmt der Aussage der Vorrednerin zu, wendet aber ein, die Fraktion habe sich bereits auf einen bestimmten Bereich festgelegt. Am gewünschten Standort bestehe für beispielsweise das Gericht besuchende Personen ein Parkhaus als Ausweichmöglichkeit.

Beigeordneter Prümm verliest die Stellungnahme der Verwaltung (ST/0107/2010) zu TOP 34 und anschließend die Stellungnahme (ST/0097/2010) zu TOP 42.

Die SPD-Fraktion signalisiert ihr Einverständnis zur Verweisung in den Ausschuss.

Rm Schupp (FDP) erklärt die Zustimmung zur Verweisung, wenn der Antrag unverändert im Fachausschuss behandelt werde. In der Vergangenheit habe man diesbezüglich schlechte Erfahrungen gemacht.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sagt eine Behandlung der Anträge oder Anfragen in unveränderter Form im Fachbereichsausschuss IV zu.